

Haushaltsrede der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN zum städtischen Haushalt 2025

Gehalten am 18. Dezember 2024 - Jürgen Benden/Fraktionssprecher

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Ritzerfeld,

sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung und
liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat der Stadt Geilenkirchen,

Sie alle haben gerade schon viele Zahlen über den vorliegenden Haushaltsentwurf 2025 gehört. Ich möchte auch noch einige Zahlen dazu beisteuern: Da wären erst einmal die 6, die 78 und dann auch noch die 271 zu nennen. Allesamt recht kleine Zahlen in Anbetracht der Tatsache, dass dieser Haushalt ein Defizit von rund 7,9 Millionen Euro ausweist. Dennoch sollte man diese Zahlen beachten um diese Haushaltsdebatte und um die hier getätigten Aussagen und Handlungen richtig einzuordnen. Ich werde noch darauf zurückkommen.

Ich möchte meine Haushaltsrede mit einem Rückblick auf das vergangene Jahr beginnen und kann nur feststellen, dass dieser Rat und hier insbesondere die CDU-Mehrheitsfraktion und die Bürgerliste sich nicht mit Ruhm bekleckert haben.

Ernsthaft geführte Debatten – Fehlanzeige

Kompromissbereitschaft – ein Fremdwort

Gesprächsbereitschaft unter Demokraten – verweigert

Man darf oder man muss feststellen, dass der Haushaltsentwurf 2025 kein Grund zum Jubeln ist. Aber grundsätzlich muss man auch feststellen, dass es an Zusammenarbeit, Gesprächskultur und Kompromissbereitschaft in diesem Hause fehlt; aber genau diese Haltungen der politischen Arbeit werden in schwierigen Zeiten benötigt, um aus dem Schlamassel wieder herauszukommen.

Rat und Verwaltung müssen zusammenarbeiten, Kompromisse suchen und zum Wohle der Stadt und ihrer Menschen agieren.

Vielleicht darf ich Sie in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass nach Definition der Gemeindeordnung der „Stadtrat ein Organ der Gemeindeverwaltung ist“, also ein Teil des Ganzen und deshalb schon zur Zusammenarbeit verpflichtet ist.

Das heißt nicht, dass wir alles abnicken müssen, was Verwaltung so vorschlägt, aber es heißt doch auch, dass wir über alles ernsthaft reden müssen - und zwar auf Augenhöhe.

Die anhaltende Kritik der CDU als Mehrheitsfraktion ist dabei geradezu ein Eigentor mit Ansage.

Auch hier möchte ich aus der Gemeindeordnung zitieren: „Der Rat ist **allzuständig**, also für alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung verantwortlich.“

Hier kritisiert also die CDU-Fraktion, die seit 1946 - also seit 78 Jahren - **allzuständig** ist, weil sie seit 78 Jahren durchgehend und ohne Unterbrechung, mit großem Abstand DIE Mehrheitsfraktion stellt, genau die Dinge, die in ihrer eigenen Verantwortlichkeit liegen. Ein schlechteres Zeugnis kann man sich wohl selbst nicht ausstellen.

Da ist sie, die eingangs erwähnte 78. - Wenn man hier alles schlecht redet, dann muss man auch darauf hinweisen, wer die Hauptverantwortung trägt, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU.

78 Jahre CDU Mehrheitsfraktion - **allzuständig**, also für **alle** Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung verantwortlich!

Sollte man drüber nachdenken!

Ich hatte eingangs auch die 6 erwähnt: noch 6-mal Schlafen, dann ist Heiligabend.

Stellen wir uns die Weihnachtsgeschichte im Jahr 2024 vor. Und verlegen wir den Ort des Geschehens von Bethlehem nach Geilenkirchen; was würde passieren?

Oder besser gesagt: Stellen Sie sich, liebe Christdemokrat*innen, die Weihnachtsgeschichte im Jahr 2024 vor. Und verlegen Sie den Ort des Geschehens von Bethlehem nach Geilenkirchen.

Die Heilige Familie würde schnell merken, dass sie nicht willkommen ist und dass es hier Menschen gibt, die nicht davor zurückschrecken, Halbwahrheiten, Unwahrheiten und Schlimmeres über sie zu verbreiten.

Okay, wir sprechen jetzt nicht über die Weihnachtsgeschichte, aber über eine Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) in Geilenkirchen. Ich möchte jetzt nicht über die Vor- und Nachteile einer ZUE eingehen. Diese Argumente sind allen bekannt -, sollten allen bekannt sein!

Aber ich muss darauf eingehen, **wie** hier in Geilenkirchen damit umgegangen wird.

Dass es Proteste geben würde, das war zu erwarten. Auch ein Bürgerbegehren und als nächster Schritt ein Bürgerentscheid sind demokratisch korrekt.

Dass das Ganze aber durch potente Geldgeber in Geilenkirchen angefeuert wird und es Dimensionen annimmt, die leider aus dem Ruder laufen, das ist für Demokrat*innen nicht unwidersprochen hinzunehmen. Die Ankündigung der Vertreterin des Bürgerbegehrens, „kein **WEITERES** Öl ins Feuer gießen zu wollen“, spricht Bände.

Unsere Bürgermeisterin wird massiv angegangen und auch andere Befürworter einer ZUE haben „gutgemeinte“ Anrufe eines Anwalts der ZUE-Gegner bekommen.

Es sind „respektlose Videos“ über Bürgermeisterin Ritzerfeld erstellt worden und ein bundesweit bekannter rechter AfD-Blogger ist eingespannt worden, hat das Thema aufgegriffen und bekommt in der rechten Szene viel Applaus dafür.

Egal, wie man zu einer ZUE steht, **DAS** gehört sich nicht! Und wenn dann auch noch ein sachkundiger Bürger der CDU-Fraktion - also der Christlichen Demokraten - seit Entstehung der Webseite der ZUE-Gegner bis vor kurzer Zeit im Impressum als Ansprechpartner und als „**redaktionell Verantwortlicher**“ angegeben ist, dann frage ich mich, ob das mit seinem Eid auf die Stadt Geilenkirchen, der da lautet: „Ich verpflichte mich.....dass ich meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde“, wirklich zu vereinbaren ist. Diese Frage sollte sich besagter „Sachkundiger Bürger“ und vor allem auch die CDU-Fraktion stellen.

Der Ansprechpartner im Impressum ist mittlerweile jemand anderes und die Videos sind gelöscht auf **dieser** Seite - vielleicht auf Anraten der eigenen Anwälte -, werden aber weiter im Netz verbreitet -

u.a. von der Dame, die nun im Impressum und als redaktionelle Verantwortliche aufgeführt ist und kein WEITERES ÖL mehr ins Feuer gießen möchte.

Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Dass der Ortsvorsteher von Niederheid, Tripsrath, Hochheid und Rischden, also der, der als Vertreter unserer Stadt, von Steuergeldern bezahlt, der sich ebenfalls verpflichtet hat, zum Wohle dieser Stadt zu arbeiten, dieser Dame offiziell seinen Dank ausspricht und dies per Flyer in besagten Ortsteilen an alle Haushalte verteilt und das, **ohne** die Unverschämtheiten zu benennen, ist eine unsägliche Schamlosigkeit sondergleichen, beschädigt das Amt des Ortsvorstehers und bestätigt uns ganz nebenbei darin, dass Ortsvorsteher sinnlos wie ein Kropf sind und wir uns endlich diese 35 000 Euro Luxusausgaben im Jahr sparen sollten.

Lieber Max Weiler, als Ortsvorsteher führt man seine Tätigkeit in Verantwortung gegenüber den Bürger*Innen aus, so steht es in der Gemeindeordnung, die übrigens auch für Ortsvorsteher mit dem großen C gilt. Und bevor man seinen „Dank“ ausspricht, sollte man sich etwas genauer mit dieser Person, der man so nett öffentlich dankt, und ihren Hintergründen auseinandersetzen.

Ein kleiner Tipp: Ein kurzer Blick in die sozialen Medien reicht aus, um zu wissen, aus welcher Richtung der Wind da weht. Und wenn man dann die Nase in den Wind hält, dann stellt man schnell fest, dass es stinkt.

Kein Thema spaltet die Bevölkerung so wie dieses und ein Hauptgrund dieser Spaltung ist eben, dass die Menschen **keine klaren Aussagen** der zwei stärksten Fraktionen im Rat dieser Stadt bekommen.

FDP - SPD - Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben eine klare Meinung und sich für eine ZUE ausgesprochen und können dies auch argumentativ darlegen.

CDU und Bürgerliste dagegen stecken den Kopf in den Sand und verstecken sich und geben keine Antworten. Das Bürgerbegehren kommt, das ist gelebte Demokratie; aber als verantwortliche Fraktionen nach 14 Monate Debatte keine Meinung zu haben, ist einfach nur feige oder unredlich oder beides.

Insgesamt betreibt die CDU bei dem Thema 'Unterbringung von geflüchteten Menschen' eine taktische Totalverweigerung. Von der CDU als größter Fraktion hört man nur das, was sie nicht will. Die CDU hat bisher alle Alternativen abgelehnt oder lediglich unrealisierbare gefordert. Aber nur weil sie sich verweigern, liebe Kolleg*innen, werden die Probleme nicht weniger, sondern sie werden schlimmer.

Weshalb ist das so?

Und da kommt die Zahl 271 ins Spiel. In 271 Tagen sind die nächsten Kommunalwahlen.

Da duckt man sich lieber vor der Verantwortung weg, um hinterher sagen zu können: "Seht, ihr lieben Wähler*innen, das waren die Anderen. – Wir, die CDU, wollten das nicht."

Flüchtlingsunterkünfte in euren Ortschaften? - Die Anderen! – Das waren wir nicht.

Belegte Turnhallen? - Die Anderen! – Das waren wir nicht.

Noch mehr Belastung für die Fliegerhorst-Siedlung? - Die Anderen! – Das waren wir nicht.

Ich kann dazu nur sagen:

Verantwortung übernehmen? Ja, das machen die Anderen, das machen wir Grünen!!! – Das macht die CDU-Mehrheitsfraktion nicht!

271 Tagen bis zu den nächsten Kommunalwahlen; und da gehen die beiden Fraktionsvorsitzenden von CDU und Bürgerliste gemeinsam an die Presse und verkünden, nicht mehr mit den GRÜNEN in interfraktionellen Gesprächen reden zu wollen.

Das muss man sich vorstellen: CDU und Bürgerliste wollen 271 Tage vor der Kommunalwahl nicht mehr mit einer gewählten demokratischen Partei der Mitte sprechen??! Sie verweigern den Dialog unter Demokraten*innen??!

Ist das Ihre Brandmauer gegen Rechts - oder gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN?

Herzlichen Glückwunsch! Die Rechten werden sich freuen.

Ihr Versuch, Herr Kravanja und Herr Schumacher, das bundesweite Grünen-Bashing auf die Geilenkirchener GRÜNEN zu übertragen, hilft der Demokratie nicht. Es ist Öl ins Feuer der Rechten, die unsere Demokratie zerstören wollen. Sie befeuern den Hass der Rechten gegen die GRÜNEN. Das muss Ihnen klar sein.

Ganz nebenbei sei die Frage erlaubt: Was macht denn in Zukunft ein eventueller Bürgermeister Christian Kravanja? - Verweigern Sie dann weiter die Gespräche unter demokratischen Parteien? Schließt ein Bürgermeister Kravanja die zukünftige GRÜNE Fraktion weiter aus, wenn er beleidigt ist?

Spannende Frage!

Wir halten die Tür offen und würden es begrüßen, wenn CDU und Bürgerliste vor den Kommunalwahlen mit uns und allen demokratischen Parteien wieder in den Dialog treten. Eine in der Sache strittige, aber faire und sachliche Debatte ist die Wurzel unserer Demokratie. Daher sind wir immer gesprächsbereit.

Meine Damen und Herren, ich sagte eingangs schon, dass der Haushaltsentwurf 2025 kein Grund zum Jubeln ist.

Aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden hier weiterhin verschiedentlich falsche Impulse gesetzt. Um zwei Beispiele zu benennen. Zum einen das Gewerbegebiet Hatterath: hier haben wir auf den Reset-Knopf gedrückt, um nicht jetzt an gleicher Stelle den gleichen Fehler zu begehen. Wir GRÜNEN bleiben dabei, eine Erweiterung der Gewerbefläche an dieser Stelle ist falsch. Der Sprung über die Bundesstraße öffnet Tür und Tor, um in Zukunft noch näher an Hatterath und Gillrath heranzuwachsen. Und wertvolle Ackerfläche, jetzt genutzt für den biologischen Anbau von heimischen Lebensmitteln, wird versiegelt. Unser Kompromissvorschlag, die etwa gleich große Fläche hinter 'ehemals Coca-Cola' zu nehmen, ist leider von allen Parteien und der Verwaltung abgelehnt worden, ohne auch nur darüber nachdenken zu wollen.

Oder - FUTURE SITE InWEST:

Weit und breit kein Investor in Sicht; das große Problem der Straßenanschlüsse an die Autobahnen nicht gelöst. Arbeitskräftemangel und Fachkräftemangel überall. Entsprechende Infrastruktur vor Ort, KiTas, Schulen, Straßen, medizinische Versorgung gibt es nicht. Lindern wird man, wenn es denn so kommt, nicht mehr wiedererkennen. - Aber es wird nicht so kommen; wir reiten hier ein totes Pferd.

Wir GRÜNEN arbeiten weiterhin an einer Lösung, die uns als Kommune erhebliche Einnahmen gesichert garantiert, Flächen schont, Landwirtschaft weiter ermöglicht, ökologisch unsinnige Straßen verhindert und die Menschen in Lindern und in den Orten rundherum nicht übermäßig belastet.

Was hier sinnvoll wäre, ist ein NEW Energie Park. Lassen Sie uns doch gemeinsam darüber diskutieren, ob ein ökologischer Energiepark - bestehend aus Windkraftanlagen sowie landwirtschafts- und naturverträglicher Freiflächen-Photovoltaik - nicht die bessere Lösung wäre.

Hier gibt es anders als bei FUTURE SITE InWEST Investoren, die bereit stehen! Hier, bei der Energieerzeugung der Zukunft gibt es Bedarf, der abgerufen werden und uns große finanzielle Vorteile bringen könnte.

Hier könnten wir zur Energiesicherheit beitragen. Und mit einer Bürger-Energie-Genossenschaft könnten wir die Menschen an der Wertschöpfung teilhaben lassen, ohne sie zu belasten.

Lassen Sie uns darüber sprechen, ein Bündnis aus Naturschutz, Landwirtschaft, Erneuerbare-Energien-Branche und der Stadt Geilenkirchen zu entwickeln.

So könnte Zukunft aussehen. So könnte sich eine moderne Stadt der Zukunft darstellen.

Wir GRÜNEN haben einiges angestoßen, z. B. mit unserem Antrag auf Neuausrichtung der Bauplatzvergabekriterien, um unsere jungen Familien zu unterstützen und um bezahlbaren Wohnraum stärker zu fördern. Und hierüber werden wir 2025 noch weiter beraten.

Bei der Grundsteuer B haben wir mit unserem GRÜNEN Vorschlag dafür gesorgt, dass Wohnen nicht teurer wird und dass wir nicht Gefahr laufen, in wenigen Jahren Millionenbeträge erstatten zu müssen, die wir nicht haben. Bei Rechtssicherheit in einigen Jahren können wir dann gerne über eine Differenzierung der Grundsteuer nachdenken.

Unser Team Asyl ist nach vielen Jahren in Unterbesetzung endlich aufgestockt - und das zufriedenstellend. Mit jetzt 4 Vollzeitstellen bei den Hausmeistern, 3 Stellen bei den Sozialarbeitenden und einer halben Stelle mehr im Bereich der Verwaltung sind wir nun mehr als doppelt so stark aufgestellt wie in den vergangenen Jahren. Und wir sind guter Dinge, in naher Zukunft auch noch die nötige Unterstützung externer Dienstleister abrufen zu können. Dafür haben wir uns immer stark gemacht.

In Sachen Kindertagesstätten haben wir lange zu klein gedacht. Aber auch hier darf man ein positives Umdenken in der Verwaltung feststellen. Dies haben wir GRÜNEN lange gefordert. Die neue Kita in Hünshoven ist ein Beispiel dafür; die gute Lösung in Bauchem an der Jahnstraße ein weiteres gutes Beispiel - und eine weitere Einrichtung in Bauchem ist schon fest eingeplant. Wir haben die richtige Richtung eingeschlagen, jetzt dürfen wir hier nicht nachlassen.

Unser Schulentwicklungsplan ist jetzt 4 Jahre alt und muss 2025 fortgeschrieben werden. Die Mittel dazu sind im Haushalt eingeplant. Das unterstützen wir sehr. Bei der Umsetzung des alten Schulentwicklungsplanes haben wir - soweit der Haushalt dies zuließ - unsere Hausaufgaben gemacht, und es war gut, dass der Fachausschuss seine Aufgaben vor Ort in den Schulen anschauen konnte. Das wird auch 2025 so sein.

Genau wie bei den Sanierungen der Sportfreiflächen. Auch hier sind wir auf einem guten Weg in fruchtbarer Kooperation mit dem Stadtsportverband und den Vereinen. Unsere Sporthallen sind altersentsprechend in einem guten Zustand; für die älteren, sanierungsbedürftigen Hallen sind zumindest kleinere Sanierungen vorgesehen und im Haushalt berücksichtigt. Alles zufriedenstellend.

Endlich, endlich wird die energetische Sanierung des Schul-Sportzentrums in Bauchem angepackt. Hier war unsere Verwaltung lange Zeit zu träge. Konkret ist hier jetzt eine Heizlastberechnung in Auftrag gegeben worden. Und wir erwarten in 2025 jetzt auch endlich eine zügige Umsetzung, um die Umwelt zu schonen und um Kosten zu reduzieren. Im Haushaltsentwurf sind dafür Mittel in Höhe von fast 1,5 Millionen Euro eingeplant. Jetzt muss der Auftrag über die Herstellung einer modernen

Anlage auch 2025 erfolgen. Wir werden weiterhin Druck machen, damit wir hier endlich zu einem guten Ergebnis kommen. Denn bisher ging es eindeutig zu langsam.

2025 rollen die Bagger im Wurmauenpark an. Auch das ist für die Naherholung unserer Bürger*innen eine wichtige Maßnahme.

Die wichtigste Veränderung aber wird sich 2025 auf dem Gelände des REWE-Areals zeigen.

Auch hier dürfen wir sehr zuversichtlich sein, dass die Bagger 2025 anrollen. Es hat lange gedauert - sehr lange -, aber die Beharrlichkeit von Frau Bürgermeisterin Ritzerfeld hat sich ausgezahlt. Und die laute und immer wiederkehrende Forderung von uns GRÜNEN und der SPD nach zeitgleich zu entwickelndem sozialem Wohnungsbau hat Wirkung gezeigt. Deshalb schauen wir zuversichtlich auf dieses Projekt. Gemeinsam mit der Neugestaltung des Areals Synagogenplatz wird dies zur Belebung der Innenstadt beitragen. Um weiter Impulse in unsere Innenstadt zu bringen, wünsche ich mir jetzt noch ein wenig mehr Mut, unsere Innenstadt familien- und damit kinderfreundlicher umzugestalten. Wir müssen endlich davon wegkommen, nur an Parkplätze zu denken - Politik und Verwaltung müsste mittlerweile erkannt haben, dass das in den letzten 20 Jahren schon keinen positiven Effekt gehabt hat und dass diese veraltete Denkweise nicht unsere Innenstadt beleben wird.

Weniger Autos, mehr ÖPNV, mehr Fuß- und Radverkehr. Und: Warum soll der tollste Abenteuerspielplatz nicht mitten in der Stadt entstehen? Wie gesagt, ein wenig mehr Mut!

Deshalb wird die GRÜNE Fraktion zum nächsten zuständigen Fachausschuss - im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung - einen Antrag stellen, in Geilenkirchen einen einheitliche Citytarif einzuführen, um den ÖPNV in unserer Stadt einfacher und billiger zu machen. Wir möchten unserer Verwaltung beauftragen Gespräche zu führen mit den anderen Kommunen im Kreis Heinsberg und mit der West Verkehr, um genau dieses Ziel 2025 zu erreichen. Einfacher und billiger auf allen Citystrecken in unserer Stadt ... Und - ja liebe CDU - bevor Sie fragen, wir werden auch tragbare Finanzierungsvorschläge mitliefern.

Die GRÜNE Fraktion hat diesen Mut und stellt sich den Herausforderungen dieser schwierigen Zeit. Verantwortungsvoll und konstruktiv kritisch werden wir auch in Zukunft unseren kommunalpolitischen Auftrag zum Wohle der Stadt und der Bürgerinnen und Bürger nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen. Wir wünschen uns dabei ein gutes Miteinander. Deshalb bedanken wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Wir bedanken uns bei der SPD, bei der FDP und der Linken im Rat für vertrauensvolle und zielführende Gespräche und wir bedanken uns bei Ihnen, Frau Bürgermeisterin Ritzerfeld, dass Sie trotz respektlosen und diffamierenden persönlichen Angriffen klar Kurs gehalten haben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmen dem Haushaltsentwurf 2025 zu.

Wir wünschen uns allen gute Beratungen im neuen Jahr, zunächst aber geruhige und erholsame Weihnachtsfeiertage.

Danke für ihre Aufmerksamkeit.